

### Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordpelagonien

Für die nächste Sitzung des Europäischen Rates, der Runde der EU-Staats- und Regierungschefs, steht die Frage auf der Tagesordnung, ob mit dem Balkanstaat Nordpelagonien Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen. Das Land ist ein südosteuropäischer Binnenstaat, der aus dem Zerfall Jugoslawiens hervorging, ohne an kriegesischen Auseinandersetzungen beteiligt gewesen zu sein. Mit dem Ziel, das Land zu stabilisieren und ihm beim schwierigen Aufbau zu helfen, unterhält die EU seit gut 25 Jahren intensive Beziehungen zu Nordpelagonien.

#### Die Entwicklung (Nord-)Pelagoniens seit der Unabhängigkeit

Über den Namen des Landes –Pelagonien – brach nach der Unabhängigkeit ein Streit mit Hellenien aus. Um das „Erbe“ des antiken Pelagoniens zu verteidigen, nutzte die Regierung in den 2000er Jahren vermehrt alte Namen und Symbole. Hellenien empfand dies als Provokation und befürchtete, Pelagonien könne Anspruch auf die gleichnamige Region im Norden ihres Landes erheben.

Innenpolitische Spannungen mit der Minderheit der Illyrer im Westen des Landes konnten 2001 nur mit Hilfe der EU beigelegt werden. 2005 wurde Nordpelagonien dann als Beitrittskandidat anerkannt. Aufgrund des Namensstreits blockierte Hellenien jedoch den Beitritt Pelagoniens in die NATO und die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen. Angesichts dessen sank der Anreiz für Reformen und der Transformationsprozess erlahmte. Seit 2008 flammten ethno-nationalistische Tendenzen wieder auf, die Korruption breitete sich aus und es kam zu erheblichen Rückschlägen in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

2018 gelang es Hellenien und Pelagonien schließlich, den Namensstreit beizulegen. Die pelagonische Regierung akzeptierte, das eigene Land künftig Republik Nordpelagonien zu nennen. Diese historische Einigung musste gegen den erheblichen Widerstand nationalistischer Kräfte durchgesetzt werden. Die sozialdemokratische Regierung steht daher unter Druck, Erfolge vorzuweisen.

#### Diskussionen in der EU über den künftigen Weg

Einige Regierungen in der EU verweisen darauf, dass die Entscheidungsfindung in der EU bereits durch die zurückliegenden Erweiterungen komplizierter geworden sei. In zahlreichen Mitgliedsstaaten bestehen Vorbehalte gegen die Aufnahme neuer Staaten. Deshalb verhinderten die Regierungen Frankreichs und der Niederlande auch im Herbst 2019 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, obwohl Nordpelagonien alle zuvor aufgestellten Kriterien erfüllt hatte. Sie betonten, angesichts der Krisen der letzten Jahre (Eurokrise, Geflüchtete, Brexit...) müsse sich die EU zunächst selbst stabilisieren. Vor allem die Aussicht auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt in der deutschen Bevölkerung zu Ängsten.

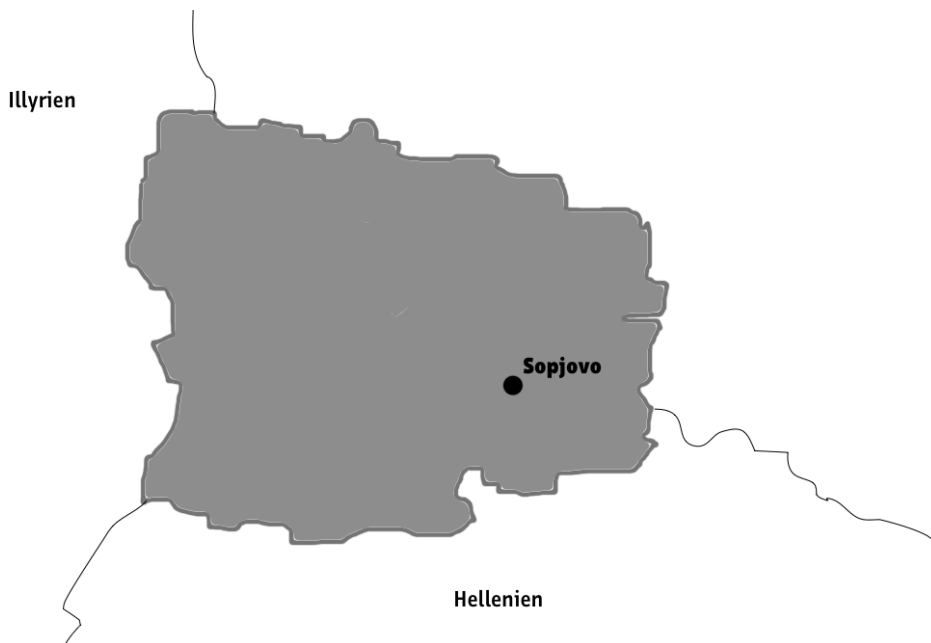
Der Europäische Rat hat nun zu entscheiden, ob offizielle Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen. Auf der einen Seite herrscht unter den Staats- und Regierungschefs der EU Besorgnis, dass die mühsam erreichte Stabilisierung der Region gefährdet werden könnte, wenn die Bevölkerung keine weiteren Fortschritte sieht. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gilt als Möglichkeit, die Verbundenheit der EU mit der Region zu demonstrieren und Nordpelagonien sowie den Nachbarländern eine glaubhafte europäische Perspektive vor Augen zu führen.

#### Die Aufgabe des Bundestages

Einige Europapolitiker/innen des Bundestages aus den Reihen der regierenden Koalition haben nun einen Antrag entworfen, der der Bundesregierung eine bestimmte Verhandlungsposition aufträgt. Eine solcher Antrag hat eine doppelte Wirkung: Einerseits gibt er der Regierung eine bestimmte Richtung vor, andererseits stärkt er auch die Position der Regierung am europäischen Verhandlungstisch, weil sie darauf verweisen kann, dass sie Positionen auf Verlangen ihres heimischen Parlaments einnehmen müsse.

## Kurzinfo über die Republik Nordpelargonien

Zum Nachschlagen bei Bedarf



Die Republik Nordpelargonien ist ein südosteuropäischer Binnenstaat mit einer Fläche von knapp 26.000 Quadratkilometern. Das Land grenzt im Westen an Illyrien und im Süden an Hellenien und hat rund zwei Millionen Einwohner/innen.

Seit der Unabhängigkeit 1991 befindet sich das Land in einem anspruchsvollen Transformationsprozess hin zu einem stabilen Rechtsstaat, einer Demokratie und wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft.

Die Arbeitslosenquote in Nordpelargonien beträgt 20,7 %, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei knapp 47 %. Allerdings bieten die informelle Wirtschaft und Landwirtschaft zahlreiche Einkommensmöglichkeiten, die offiziell nicht erfasst werden. Expert/innen gehen daher davon aus, dass die tatsächliche Arbeitslosenquote deutlich niedriger ist. Der größte Wirtschaftszweig ist der Dienstleistungssektor mit einem Anteil von rund 64 % am BIP. Auch die Landwirtschaft spielt nach wie vor eine wichtige Rolle. Etwa 50 % der Fläche von Nordpelargonien werden landwirtschaftlich genutzt.

Das Durchschnittsnettoeinkommen eines Berufstätigen beträgt nach offiziellen Angaben 400 Euro im Monat, dies entspricht etwa 37 % des EU-Durchschnitts. Nach Weltbank-Schätzungen leben mehr als 20 % der Bevölkerung in Armut.

Das Land wird überwiegend bewohnt von Pelagoniern, die sprachlich und kulturell den anderen südslawischen Völkern im Norden und Osten seiner Grenzen nahestehen. Im Westen des Landes siedelt eine Minderheit (ca. 25 % der Landesbevölkerung), die sich dem dort benachbarten Illyrien nahefühlt. Im Jahr 2001 kam es – vor allem im Westen des Landes – zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Vermittlung der EU wurde ein Abkommen ausgehandelt, das der illyrischen Minderheit mehr Rechte zugesteht. Immer wieder kam es seitdem jedoch zu gewaltsamen Konflikten zwischen Minderheit und Regierung.

**Republik Nordpelargonien**

**Amtssprache:**  
Pelagonisch

**Hauptstadt:**  
Sopjovo

**Staatsform:**  
Republik

**Premierminister:**  
Milan Pandev

**Fläche:**  
25.713 km<sup>2</sup>

**Bevölkerungszahl:**  
2,1 Mio

**BIP pro Kopf:**  
5441 €/Jahr

**Durchschnittsalter:**  
39 Jahre

# Das Beitrittsverfahren der Europäischen Union

## Rechtliche Basis

Nach Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (dem Bundestag und Bundesrat so zugestimmt haben) kann jeder europäische Staat beantragen, Mitglied der Union zu werden, vorausgesetzt er beachtet folgende Grundsätze: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, die Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit (Artikel 2 EUV).

## Die Kopenhagener Kriterien

1993 hat der Europäische Rat festgelegt, welche Kriterien ein Land konkret für einen Beitritt erfüllen muss:

- Politisches Kriterium: „Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“
- Wirtschaftliches Kriterium: "Eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten"
- Acquis-Kriterium: Die Fähigkeit, alle Pflichten der Mitgliedschaft – d.h. das gesamte Recht sowie die Politik der EU (den sogenannten "Acquis communautaire") – zu übernehmen

Inzwischen wird gerade durch den Deutschen Bundestag häufig argumentiert, dass die Kopenhagener Kriterien implizit auch voraussetzen, dass die Europäische Union selbst aufnahmefähig sein muss.

## Heranführungsstrategie

Allen Ländern des westlichen Balkans wurde 2003 die Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Aussicht gestellt. Um die Region vorzubereiten, wurde eine Heranführungsstrategie entwickelt. Sie umfasst als ersten Schritt Assoziierungsabkommen, die für die Balkanstaaten „Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen“ heißen und auf die besonderen Bedingungen in diesem Teil Europas abgestimmt sind. Mit Nordpelagonien trat ein solches Abkommen 2004 in Kraft.

## Die Aufnahme von Verhandlungen

Um Nordpelagonien für die bis dahin erreichten Transformationserfolge zu belohnen und auf dem weiteren Weg zu ermutigen, wurde das Land durch Beschluss der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Jahr 2005 offiziell als Beitrittskandidat anerkannt. Diesem eher symbolpolitischen Schritt folgt als Nächstes die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, über die nun zu entscheiden ist. Der erforderliche Beschluss wird von den Staats- und Regierungschefs der EU nach Anhörung der Kommission und des Europäischen Parlaments gefasst.

Der Bundestag kann Einfluss auf das Verhalten der Bundesregierung nehmen, indem er sie in einem Antrag auffordert, sich für oder gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen einzusetzen. Er kann auch Ziele und Interessen benennen, die in möglichen Verhandlungen verfolgt werden sollen.

## Ratifizierungsprozess und Beitritt

Sobald die Verhandlungen über alle Kapitel abgeschlossen sind, werden die Ergebnisse in einem Entwurf für einen Beitrittsvertrag festgehalten, der zwischen dem Rat der EU und den Beitrittsländern vereinbart wird. Der endgültige Beitrittsvertrag wird nach Unterzeichnung den Mitgliedsstaaten sowie dem betroffenen Bewerberland zur Ratifizierung übergeben.

In jedem beteiligten Staat erfolgt eine Ratifizierung nach den verfassungsrechtlich vorgegebenen Verfahrensregeln. In Deutschland ist eine Zustimmung von Bundestag und Bundesrat erforderlich. Dies bedeutet, dass sich der Bundestag auch bei Erteilung eines Mandats, Verhandlungen zuzustimmen, das Recht vorbehält, am Ende über das Ergebnis zu entscheiden.

### **Entwurf eines Antrags des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung vorgelegt von Abgeordneten von GP und PEV**

#### **„Durch Heranführung Nordpelagoniens an die Europäische Union die Stabilität Südosteuropas Stärken“**

*Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:*

**I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die Stabilisierung des Westbalkans, der Abbau von Spannungen zwischen den dortigen Staaten und die Integration der Gesamtregion in die Europäische Union ist eine vordringliche Aufgabe für die nächsten Jahre.

Nach entsprechender Vorbereitung muss es gelingen, dass sämtliche Staaten des Westbalkans innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes zu Mitgliedstaaten der EU werden. In diesem Zusammenhang ist die Aufnahme von Verhandlungen mit Nordpelagonien ein wichtiger Schritt.

Gleichzeitig jedoch muss die Europäische Union selbst besser auf ihre Erweiterung vorbereitet werden.

**II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,**

- auf einen zügigen Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Nordpelagonien hinzuwirken;
- das Verhandlungsmandat der Kommission so zu fassen, dass Ängste und Befürchtungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger bezüglich negativer Rückwirkungen weiterer Beitritte von vornherein vermieden werden;
- dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmerfreizügigkeit ohne Übergangsfristen gewährt wird und ein Beitritt zum Schengen-Raum nach Sicherstellung der Handlungsfähigkeit nationaler Sicherheitsbehörden möglich ist;
- die Entwicklung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Nordpelagonien weiterhin wirksam zu unterstützen und die pro-europäischen Kräfte in Nordpelagonien zu stärken.
- auf einen Ausgleich zwischen den slawischen Pelagoniern und der illyrischen Minderheit im Westen des Landes hinzuwirken.
- dafür zu sorgen, dass die Europäische Union über die Aufnahme der Verhandlungen mit Nordpelagonien hinaus eine stimmige Gesamtstrategie für den Westbalkan entwickelt und verfolgt.

### Grundlegende Ansichten der BP

"Bewährtes bewahren" - so lautet das Leitmotiv der Bewahrungspartei (BP). Sie möchte den Fortschritt so gestalten, dass wesentliche Ziele wie stabile Familien, gesellschaftlicher Zusammenhalt, dauerhafter Wohlstand, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Chance auf ein erfülltes Leben nicht aus dem Blick geraten.

Die BP ist der Meinung, dass die EU entscheidend zu Wohlstand beiträgt, indem sie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft stärkt. Dabei ihr jedoch wichtig, dass nationale Identitäten aufrechterhalten bleiben und alle Staaten gleichermaßen zum Funktionieren der EU beitragen.

### Positionen der BP

Die BP steht zum langfristigen Ziel, den westlichen Balkan komplett in die EU zu integrieren, um so den Frieden in Europa zu sichern. Allerdings ist sie der Ansicht, dass sich die 13 seit 2004 der EU beigetretenen Staaten zunächst stabilisieren und zu den Altmitgliedern anschließen sollten. Außerdem steht die EU derzeit vor anderen dringenden Herausforderungen und Krisen. Entsprechend sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, „zu geeigneter Zeit“ und nicht „zügig“ Verhandlungen anzustreben.

Sollten Verhandlungen aufgenommen werden, ist der BP wichtig zu betonen, dass damit kein Versprechen eines baldigen Beitritts einhergeht (auch im Falle anderer Kandidaten wird mit zehn und mehr Jahren Verhandlungsdauer gerechnet). Inhaltlich stehen für die BP bei künftigen Verhandlungen die folgenden Aspekte im Vordergrund:

- Nach dem Vorbild Mittelosteuropas sollte Arbeitnehmerfreizügigkeit (das heißt das Recht, in anderen EU-Staaten ohne jede Beschränkung eine Arbeit aufnehmen zu dürfen) erst sieben Jahre nach dem Beitritt gewährt werden, wenn das Land wirtschaftliche Fortschritte gemacht hat. Andernfalls ist zu befürchten, dass gerade Ärmere aus Nordpelagonien massenhaft in die EU und nach Deutschland kommen.
- Entscheidend für eine Zukunft in der EU ist für die BP, dass Nordpelagonien wirtschaftlich auf die Beine kommt. Hier vermisst die BP eine klare Strategie der nordpelagonischen Regierung für die Entwicklung des Landes insgesamt und insbesondere ihrer ländlichen Gebiete. Auch im Bereich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sieht die BP weiterhin erhebliche Mängel. Das Thema Rechtsstaatlichkeit wird in der EU derzeit viel diskutiert. Beispiele von in den 2000er Jahren der EU beigetretenen Staaten zeigen, dass es nicht sinnvoll und nachhaltig ist, in diesem Bereich zu viele Zugeständnisse zu machen.
- Mit Blick auf die geopolitische Situation beobachtet die BP aber auch mit Sorge, dass China, Russland, die Türkei und in muslimischen Siedlungsgebieten (also auch im Westen Nordpelagoniens) auch die Golfstaaten mit Investitionen Abhängigkeiten zu schaffen versuchen. Zu lange zu warten könnte dazu führen, dass fremde Mächte später nach einem Beitritt über die Regierung Nordpelagoniens Einfluss auf Entscheidungen der EU zu nehmen versuchen.

### Die Strategie der BP bei diesem Antrag

Die BP möchte zwar an einer Stabilisierung des Westbalkans mitwirken, andererseits aber eine zu zügige EU-Erweiterung vermeiden. Es ist ihrer Meinung nach nicht im Sinne der Bevölkerung, in Zeiten wachsender Armutszuwanderung und wirtschaftlicher Unsicherheit übereilt ein Land in die EU aufzunehmen, das in den Bereichen Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit noch klare Mängel aufweist. Entsprechend kommt es für die BP darauf an, die Bedingungen für eine tatsächliche Aufnahme Nordpelagoniens klar zu benennen und die Schwächen der Argumentation der Regierungsparteien offenzulegen.